Griechenland

NIKOLAUS WENTURIS

Für einen kritischen und die europäische Integration gleichwohl befürwortenden Beobachter erhält die Kulisse der Europapolitik eine bizarre und zugleich befremdende Architektur, die allenfalls geeignet ist, unwirkliche Szenarien der europäischen Zukunft ästhetisch miteinander zu integrieren: Zu oft werden die eigenen integrationshemmenden Entscheidungen und Haltungen kaschiert, indem auf das desintegrative Verhalten der anderen EG-Partner hingewiesen wird, um sodann durch politische Beschwichtigungsrhetorik und den Verweis auf künftige Erfolgschancen das harmonische Bild einer gemeinsamen Zukunft dennoch aufrechtzuerhalten; zu häufig werden die eigenen nationalen Urteile verdeckt und die Vertretung nationaler Egoismen durch die anderen Partner als die Hauptursache europäischer Stagnation hingestellt, zugleich aber das gemeinsame europäische Schicksal beschworen und die gestörte Harmonie durch verbal-kosmetische Eingriffe wiederherzustellen versucht; viel zu oft wird auch die sich noch nicht abzeichnende Europäische Union angesprochen und mit einer fiktiven Realität zwanghaft harmonisiert; und schließlich wird viel zu häufig die konzeptionell unpassende EG-Realität durch wirklichkeitsfremde Interpretationen mit dem jeweiligen ideologischen Wunschbild in Übereinstimmung gebracht. Nach diesem szenarischen Vorbild verlief 1986 auch in Griechenland die Europa- und Informationspolitik der Regierung, und an diesem Muster orientierte sich ebenfalls das Europabewußtsein der griechischen politischen Eliten.

Die Europapolitik von Regierung und Opposition

Gleich zu Beginn des Jahres 1986 sorgte die unberechenbare Außenpolitik der griechischen Regierung für innenpolitische Überraschungen: Mit einer dramaturgisch effektvollen ‚Ouvertüre' stellte die PASOK-Regierung die Einheitliche Europäische Akte der griechischen Öffentlichkeit als die wichtigste Station und als das wesentliche Reformkonzept zur Verwirklichung eines ‚Europas ohne Grenzen' vor. Durch die Informationspolitik seiner Regierung konnte der politisch interessierte Grieche zugleich erfahren, daß der Beitrag des griechischen Volkes zur Realisierung des ‚Europas der Bürger' nicht ohne Eigennutz geschieht, da die Europäische Einigung seine Freiheit, seine demokratische Ordnung und vor allem seine ökonomische Entwicklung garantiert. Um ihre innenpolitische Glaubwürdigkeit besorgt, versuchte die PASOK-Regierung ihre verbal-politische Wende hin zu Europa damit zu begründen, daß sie mit der Überzeugungs-

kraft der ‚Originalität ihrer neuen historischen Entdeckung' feststellte, daß ohne den vollzogenen EG-Beitritt Griechenland dazu verurteilt gewesen wäre, ein bloßer Beobachter historischer Entwicklungsprozesse zu bleiben[1].

Im Duktus einer ‚ritualisierten' politischen Reflexion über die Zukunftsaussichten der Europäischen Integration wurde die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft auf die iberische Halbinsel uneingeschränkt befürwortet, da nach Auffassung der Regierung Papandreou die Vollmitgliedschaft Spaniens und Portugals geradezu prädestiniert sei, jene für eine umfassende Korrektur der Römischen Verträge notwendigen Prozeduren zu beschleunigen[2]. Nebenbei erfuhr der griechische Bürger, daß die Aufnahme dieser Länder in die ‚europäische Heimstätte' für die Nationalinteressen von großer Bedeutung sei: zum einen wegen der erweiterten Chancen zur Realisierung des von der Regierung Papandreou verfolgten Gleichgewichtsgedankens innerhalb der EG, da nach der Erweiterung nunmehr fünf Mittelmeerländer Mitglied der Zwölfergemeinschaft sind, wodurch sich die ökonomische und politische Einflußmöglichkeit dieser Region auf die Entscheidungsfindung in der EG substantiell verstärkt; und zum zweiten wegen der allmählichen Verlagerung der Peripherie zum Zentrum der Gemeinschaft[3].

Um das europäische Kalkül der PASOK-Regierung zu flankieren, begannen zudem EG-Experten aus dem griechischen Außenministerium mit Hilfe der Printmedien die griechische Öffentlichkeit ‚aufzuklären', indem sie mit kunstvoll dialektischen Interpretationen den Stellenwert der initiierten Korrektur der Römischen Verträge analysierten. Dabei stellten sie fest, daß die ersten Erfolge dieses Reformvorhabens längst vor der Ratifizierung des ergänzenden Vertrags durch alle nationalen Parlamente sichtbar geworden seien: erstens im Bereich der Etablierung eines Binnenmarktes durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen und zweitens im Bereich der für die griechischen Interessen dringend benötigten Harmonisierung der strukturellen Ungleichheiten (Nord-Süd-Gefälle) innerhalb der Gemeinschaft. Den Interpretationen der regierenden Eliten in Griechenland zufolge war der Mailänder Gipfel trotz seiner spannungsgeladenen Atmosphäre ein Erfolg für Griechenland gewesen, da es Ministerpräsident Papandreou gelungen sei, die einseitigen und konservativen Inhalte des ergänzenden Vertrags zu verändern[4]. Diese Deutung besitzt indes durchaus symptomatischen Charakter für die Determination der europapolitischen Haltung der PASOK-Regierung durch die jeweiligen innenpolitischen Konstellationen sowie für die Verfolgung parteipolitischer Ziele durch die Ausformung eines situationsbedingten Europabewußtseins. Die verzerrende Darstellung des Gipfelverlaufs und dessen Interpretation als Erfolg griechischer Verhandlungsstrategie[5] wurde somit – wie schon so oft – zum Signum der europabezogenen Informationspolitik der griechischen Regierung. Durch die Meldung von Regierungserfolgen und durch die Verkündung von durchgesetzten Nationalinteressen innerhalb der Gemeinschaft versuchte das Kabinett Papandreou nicht nur, die EG-Gegner zeitweilig zu isolieren, wenn dies der Parteiräson dienlich war[6], sondern

auch die antieuropäischen Ideologieinhalte der griechischen Linken zu relativieren, wenn dies für die Gestaltung einer sachbezogenen und pragmatisch orientierten Regierungspolitik erforderlich war.

Die zentralen innenpolitischen Probleme

Vor dem Hintergrund dieser innenpolitischen Strukturen und parteipolitischen Zweckmäßigkeiten stellten sowohl die betont europafreundliche Haltung als auch die wiederholt verkündete Befürwortung der Europäischen Union jene politischen Rahmenbedingungen dar, welche die PASOK-Regierung benötigte, um die für das Berichtsjahr 1986 zentralen innenpolitischen Probleme lösen zu können:

- Bedrängt von der zugespitzten Finanzmisere und unter dem zunehmenden Druck der oppositionellen Politik der Nea Dimokratia (ND) war die Regierung Papandreou gezwungen, die positive Grundstimmung der EG-Partner für die bevorstehende Aufnahme eines EG-Kredits durch Griechenland nicht zu gefährden. Mit diesen EG-Finanzmitteln verband die PASOK-Regierung die Hoffnung, die Inflationsrate auf 16% senken und zugleich das Leistungsbilanzdefizit von 3,2 Mrd. US-Dollar (1985) auf 1,75 Mrd. US-Dollar (1986) verringern zu können. Nach dem eklatanten Versagen der sozialistischen Wirtschaftspolitik und mit der zunehmenden ökonomischen Abhängigkeit Griechenlands von der EG sah sich nunmehr Papandreou faktisch genötigt, vor der Öffentlichkeit unverblümt den effektiven Beitrag der Gemeinschaft zur Lösung der akuten Wirtschaftsprobleme Griechenlands sowie der mittelfristigen EG-Maßnahmen und -Beschlüsse zur Unterstützung seiner ökonomischen und strukturellen Entwicklung einzugestehen[7].
- Konfrontiert mit den politischen Aktivitäten der türkischen Regierung im Zusammenhang mit der geplanten Sitzung des Assoziationsrates EG-Türkei am 16. 9. 1986 und unter dem starken innenpolitischen Druck der Oppositionsparteien, brauchte das griechische Kabinett zudem die ‚wohltemperierte' Zustimmung der Gemeinschaft, um den Weg Ankaras in die EG über Athen führen zu lassen. Die Tatsache, daß der EG-Vorstoß der türkischen Regierung in Griechenland als ‚nationale Gefahr' eingestuft wurde, veranlaßte – zumindest zeitweise – die PASOK-Regierung, ihre immer wieder für innenpolitische Zwecke demonstrierte Konfliktfähigkeit gegenüber der Gemeinschaft zu reduzieren.

Für einen oberflächlichen Kenner des griechischen soziopolitischen Systems mag diese europapolitische ‚Wende' unverständlich sein; für die Apperzeptionsmuster und die damit zusammenhängenden parteipolitischen Haltungen innerhalb der griechischen politischen Kultur ist jedoch die Tatsache charakteristisch, daß die erneute Lokalisierung einer ‚Gefahr aus dem griechischen Osten' den in Griechenland äußerst seltenen parteipolitischen Konsens herbeizuführen vermochte: Als Papandreou auf der Haager Gipfelkonferenz die griechischen Einwände gegen eine Reaktivierung der EG-Beziehungen zu Ankara vortrug, war er

sich der uneingeschränkten Unterstützung seiner dort vorgetragenen Position durch die griechischen Oppositionsparteien völlig sicher[8]. Somit stellte im Jahre 1986 die ‚türkische Frage' einen zusätzlichen exogenen Anlaß für eine konsensuelle parteipolitische Übereinstimmung dar, zumal schon zuvor die Haltung der griechischen Regierung in der EG bezüglich des ‚libyschen Problems' von der ND weitgehend mitgetragen worden war[9].

Das Problem der türkischen EG-Vollmitgliedschaft, aber auch jenes des Terrorismus, waren für die oppositionelle ND allerdings ein willkommener Ausgangspunkt, um ihre europapolitische Abgrenzung von der Regierungspartei zwar spät, aber deutlich zu markieren: Als die griechische Regierung die Akzeptanz ihrer Einwände gegen das 4. Finanzierungs-Protokoll zugunsten der Türkei sowie gegen die Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer innerhalb Griechenlands im Verlaufe der Ratstagung von den EG-Partnern verlangte und dies als einen wichtigen Test für die integrative Effizienz der Gemeinschaftsinstitutionen und für den praktischen Stellenwert des EG-Solidaritätsprinzips innerhalb der EG-Politik darstellte[10], ergriff die ND die Gelegenheit, die bisherige unsolidarische Europapolitik der PASOK-Regierung zu kritisieren: Sie habe sich trotz der Einsicht in die Notwendigkeit der Terrorismus-Bekämpfung aus politischen Opportunismus und ideologischer Verblendung heraus geweigert, die Anfang November 1986 von der EG beschlossenen, begrenzten Sanktionen gegen Syrien zu billigen und sich wenig später (Dezember 1986) bei dem Londoner Treffen der Innenminister der EG-Länder ebenfalls geweigert, die dort aufgestellte Liste derjenigen Staaten zu akzeptieren, die nach ihrer Ansicht den Terrorismus in Westeuropa fördern. Für die ND stellte die unsolidarische Haltung der Regierung Papandreou gegenüber der Gemeinschaft eine ‚nationalpolitische Verantwortungslosigkeit' insofern dar, als Griechenland künftig verstärkt die EG-Unterstützung zur Lösung des ‚Problems Türkei' im nationalen Sinne benötigen würde[11].

Parallel zu diesen innenpolitischen Kontroversen, die im Zusammenhang mit der griechischen Europapolitik zwischen den beiden Parteien ausgetragen wurden, konfrontierten die EG-Experten der PASOK-Regierung gegen Ende des Berichtsjahres 1986 die politisch interessierte Öffentlichkeit überraschenderweise mit einer neuen Dimension ‚hellenischer Begegnung' mit der Europapolitik: mit kritischen Reflexionen über die Zukunft der Gemeinschaft und zudem mit konstruktiven Beiträgen zur Lösung von anstehenden Problemen, etwa zur effizienteren Umsetzung von EG-Beschlüssen in die alltagspolitische Praxis[12]. Die Hauptursache für die sukzessive Abschwächung der bis dahin mit Konsequenz vertretenen ‚Weigerungsideologie' durch die Regierungseliten und deren beabsichtigte Umwandlung in ein die gemeinschaftliche Ziele förderndes ‚europazentriertes Denk- und Handlungsmodell' lieferte der erst nach den Sommerferien ausgereifte Entschluß des griechischen Premiers, unmittelbar nach Jahresbeginn eine Kurskorrektur seiner Regierungspolitiken vorzunehmen und Griechenland – zumindest für eine bestimmte Phase – stärker an die NATO und die EG anzubinden. Der Grund für diese elastische Ausformung der außenpolitischen Orien-

tierung des PASOK-Vorsitzenden und Regierungschefs lag vor allem in den innenpolitischen Konstellationen und in den sich dort anbahnenden Entwicklungstendenzen: Unter dem Druck der anhaltenden wirtschaftlichen Krise und der damit zusammenhängenden Streikbewegungen und nicht zuletzt unter dem Druck des sich immer wieder zuspitzenden türkisch-griechischen Konflikts sah sich Andreas Papandreou genötigt, in den Fragen der Wirtschafts- und der Verteidigungspolitik umzuschwenken; um beide Problembereiche mittelfristig erfolgreich lösen zu können, benötigte er nicht nur den Zustrom ausländischen Investitionskapitals nach Griechenland, sondern auch zunehmend die Unterstützung der Gemeinschaft bei der Verwirklichung seiner verteidigungspolitischen Ziele.

Vor dem Hintergrund dieser innenpolitischen Räson und im Zuge der damit zusammenhängenden notwendigen Wiederbelebungsversuche einer bewußten und konstruktiven Europapolitik rückten die EG-Strategen der PASOK-Regierung gegen Ende des vergangenen Jahres die Einheitliche Europäische Akte abermals in den Blickpunkt der innergriechischen Europa-Diskussion und benutzten sie als Grundlage und als Ausgangspunkt für den öffentlich ausgelösten, regierungsgesteuerten Prozeß einer europapolitischen Reflexion. Im einzelnen stellte sich die europapolitische Wende der PASOK wie folgt dar:

- Kritisiert wurde mit besonderem Nachdruck, daß die Einheitliche Europäische Akte weder in politischer noch in institutioneller Hinsicht Innovationselemente für die Europäische Union, einem seit langem erklärten und angestrebten Ziel der EG, aufweise.
- Prognostiziert wurde mit Bedauern, daß die Einheitliche Europäische Akte keinesfalls die langerwartete Schubkraft für die Überwindung der stagnierenden Integrationsprozesse entfalten könne, da diese Akte die wichtigsten Sachfragen – wie z. B. die Finanzausstattung der EG – unberührt lasse.
- Unterstützt wurde dagegen, daß die Einheitliche Europäische Akte die EPZ mit der Gemeinschaft verbinde.
- Größte Zustimmung erhielt die Einheitliche Europäische Akte für die angestrebte Realisierung einer ‚inneren Kohärenz' in der Gemeinschaft, da dieses Ziel nach Auffassung der EG-Experten im griechischen Außenministerium gerade jene sozio-ökonomische Konvergenz innerhalb der Gemeinschaft herbeiführen könne, die nötig sei, um die zunehmenden Diversifikations- und Heterogenisierungsprozesse einzudämmen oder rückgängig zu machen[13].

Schlußfolgerungen

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die externe Abhängigkeit Griechenlands sowohl bei der Lösung der internen Finanzmisere als auch bei der aktualisierten ‚türkischen Frage' den Entwicklungsstand der europäischen Idee im griechischen Bewußtsein wesentlich beeinflußt hat. Erst die wachsende ökonomische Verflechtung und die eindeutige Internationalisierung der Lösungsmöglichkeiten nationaler Anliegen brachten in Griechenland eine zunehmende europabezogene Reflexion in den Denkstrukturen sowie in den politischen Haltungen der griechi-

schen Eliten in Gang und führten somit zur ersten meßbaren Relativierung des ethnozentrischen Wertsystems innerhalb der griechischen politischen Kultur. Vor dem Hintergrund dieser kausalen Verbindung zwischen der innenpolitisch apperzipierten Krisensituation (Wirtschaftskrise und türkischer EG-Vorstoß) und der veröffentlichten Befürwortung der Europäischen Union im Zusammenhang mit der von den beiden großen Parteien Griechenlands[14] explizit eingeräumten Notwendigkeit der Stärkung der Entscheidungsbefugnisse bzw. der Kompetenz des Europäischen Parlaments hat sich auch im Berichtsjahr folgende Hypothese bestätigt: In Krisenperioden, wenn der Grad der politischen und ökonomischen Abhängigkeit zwischen den Subsystemen (Griechenland) und dem Gesamtsystem (EG) kontinuierlich steigt, werden die ausgelösten integrativen Prozesse beschleunigt und führen dadurch zu einer relativ höheren Identifikation mit der Gemeinschaft.

Anmerkungen

1 Vgl. To Vima, 1. 1. 1986.
2 Vgl. Oikonomikos Tachydromos, 16. 1. 1986.
3 Vgl. u. a. Oikonomikos Tachydromos, 20. 2. 1986; To Vima, 14. 12. 1986.
4 Vgl. To Vima, 17. 1. 1986; Kathimerini, 16./17. 1. 1986.
5 Vgl. Oikonomikos Tachydromos, 1. 1. 1986, 13. 11. 1986.
6 Immerhin befürwortet 67% des griechischen Elektorats die Europäische Union. Vgl. Kathimerini, 22. 1. 1986.
7 Vgl. hierzu Oikonomikos Tachydromos, 9. 1., 6. 3., 13. 3., 17. 4., 29. 5., 26. 6., 17. 7., 21. 8., 4. 9., 2. 10., 9. 10., 30. 10., 13. 11., 20. 11., 4. 12., 11. 12. und 18. 12. 1986; Kathimerini, 3. 9., 3. 10., 10. 10., 25. 10., 15. 11., 18. 11., 27. 11., 5. 12., 9. 12. und 10. 12. 1986; To Vima, 14. 12. 1986.
8 Vgl. Kathimerini, 23./24. 2., 26. 6., 28. 6., 8. 7., 9. 7., 21. 8., 5. 9., 17. 9., 21. 9., 25. 11., 6. 12., 7. 12. und 11. 12. 1986; To Vima, 2. 11., 30. 11. und 14. 12. 1986; Oikonomikos Tachydromos, 20. 2., 27. 3., 24. 4., 29. 5., 12. 6., 3. 7., 17. 7., 4. 9., 25. 9., 2. 10., 13. 11. und 23. 12. 1986.
9 Vgl. u. a. Kathimerini, 10. 1. und 12./13. 1. 1986; To Vima, 23. 11. 1986; Oikonomikos Tachydromos, 30. 4. und 8. 5. 1986.
10 Vgl. die Parlamentsprotokolle zwischen Juni und November 1986.
11 Vgl. To Vima, 9. 11., 23. 11. und 14. 12. 1986; Kathimerini, 30. 10., 2./3. 11., 4. 11., 9./10. 11., 13. 11., 4. 12. und 11. 12. 1986; Oikonomikos Tachydromos, 20. 11., 4. 12., 11. 12. und 18. 12. 1986.
12 Vgl. hierzu die diesbezüglichen Diskussionsbeiträge in den griechischen Printmedien seit Oktober 1986.
13 Vgl. insbesondere die zusammenfassenden Berichte über Inhalte und Verlauf der griechischen Europadebatten im Berichtsjahr 1986, in: Ta Nea, 2. 1. 1987 und Oikonomikos Tachydromos, 5. 2. 1987.
14 Vgl. hierzu u. a. To Vima, 1. 6., 29. 6., 2. 11., 30. 11., 14. 12. und 21. 12. 1986; Kathimerini, 2./3. 2., 29./30. 6., 11. 9., 17. 9., 4. 10., 26./27. 10., 2./3. 11., 9./10. 11., 3. 12., 4. 12., 10. 12., 11. 12., 20. 12. und 21./22. 12. 1986; Oikonomikos Tachydromos, 9. 1., 30. 1., 6. 2., 13. 2., 27. 2., 20. 11. und 11. 12. 1986.

Weiterführende Literatur

Clogg, Richard: Griechenland im Krisenjahr 1985. Innenpolitische Entwicklungen und außenpolitische Perspektiven, in: Europa-Archiv 5/1986, S. 137–144.

Höhler, Gerd: Vom „Gemeinsamen Markt des Monopolkapitals" ist nun keine Rede mehr, in: EG-Magazin 9–10/1986, S. 42–43.

Wenturis, Nikolaus: Das politische System Griechenlands. Eine soziopolitische Analyse. Stuttgart 1984.